

109-6-24

10 listu

8.9.2009 kval

Der Deutsche Staatsminister.
(p.d.)

29. Dezember 1943.

St.M. 216/43. ✓

mlc 30.12.43

An
SA-Gruppenführer May,
Reichenberg,
Teichgasse 14.



Lieber Franz !

Im Juni d.Js. habe ich dem Gauschützenverband als Zuschuß für die Errichtung der geplanten Gauschiesschule aus dem Volkstumsfonds einen Betrag von 100.000.-- RM überweisen lassen, weil mir die Schaffung einer solchen Anlage in Prag volkstumpolitisch gesehen sehr wünschenswert erscheint und ich das Projekt daher auch aus Reichsmitteln tatkräftig fördern wollte. Ich bin dabei davon ausgegangen, daß sich andere Stellen, insbesondere die Partei - weil die Anlage im wesentlichen von der SA benützt werden dürfte, aber auch die Stadt an der Finanzierung beteiligen würden. Aus Deinem Schreiben vom 3.8.d.Js., in dem Du für den Gauschützenverband um die Bereitstellung weiterer 200.000.-- RM bittest, muß ich allerdings entnehmen, daß dies nicht der Fall ist, sondern anscheinend die Finanzierung der gesamten Anlage dem Reich überlassen bleiben soll. Dazu sehe ich mich leider nicht in der Lage, zumal die für solche Zwecke vorhandenen Mittel bereits anderweitig stark in Anspruch genommen worden sind.

Ich bitte Dich, zunächst einmal die Frage der Beteiligung sonstiger Stellen zu klären und über die Aufbringung der

2

insgesamt erforderlich werdenden Beträge einen genauen Plan aufzustellen. Gegebenenfalls muß das Objekt, da zum augenblicklichen Zeitpunkt die Errichtung der Anlage nicht durchführbar sein dürfte, auf die Zeit nach dem Kriege zurückgestellt werden.

H e i l H i t l e r !

Dein

gez. F r a n k .

18752



3

- 2 -

Herrn Staatsminister ~~W-~~Obergruppenführer K.H. Frank

mit der Bitte um Entscheidung gehorsamst vorgelegt.

Angesichts der Tatsache, daß im jetzigen Zeitpunkt nicht viel gebaut werden kann und für das Rechnungsjahr 1943 der verlangte Betrag nicht mehr zur Verfügung steht, kann dem Wunsche des Gruppenführers May wohl kaum entsprochen werden. Dabei darf ich auch darauf hinweisen, daß wir in Mähr.Ostrau bereits eine Musterschießschule für das ganze Protektorat besitzen, die einen riesigen Kostenaufwand verursacht hat. Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn Sie, Herr Staatsminister, die Angelegenheit persönlich einmal mit Gruppenführer May besprechen könnten.

K. H. Frank

W. May
zur Rücksende.



W. May
12/12

78/ 72. 43



Deutscher Schützenverband e. V.
 im Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen
Gauverband Sudetenland

An den

Reichsprotector
 in Böhmen und Mähren,
 z.Hd. des Herrn Staatssekretärs,
 SS.-Obergruppenführer K.H.F r a n k,
 P r a g I V.

Reichenberg

Reichgasse 14 ♦ Fernsprecher 2144

Girokonto:

2070 bei der Landesbank und Girozentrale
 für das Sudetenland in Reichenberg

Postkassen-Konto: Dresden 52 230

Ihre Zeichen:

2 a - 6926

Ihre Schreiben vom:

15.6.1943

Unser Zeichen:

Sp./Vo.

**Büro des Staatssekretärs
 bei Reichsprotector
 in Böhmen und Mähren.
 Eing.: 26. JUNI 1943**

Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 15.6.1943
 und danke Ihnen, dass Sie zur Errichtung einer Schießschule in
 Prag 100.000 RM aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt haben.

Der Betrag wird entsprechend Ihres Schreibens grundbücher-
 lich eingetragen und wird der Gaukassenwart die Kaufvertragsab-
 schriften und Empfangsbestätigungen vorlegen.

Ich darf Ihnen versichern, dass die Mittel zweckentsprechend
 und sparsamst verwendet werden und ich werde Gelegenheit nehmen,
 Sie vom Fortschreiten der Arbeiten von Fall zu Fall zu unter-
 richten.

Heil Hitler!

Der Gau-schützenführer:

SA.-Gruppenführer

60!
 SA A-34/43

4a

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

43789



An
Generalreferat Presse

Büro des Staatssekretärs
für die Presse
in Böhmen und Mähren.
Eing.: 12. JULI 1943

Topf

Betr.: Artikel über Wlaschim im Völkischen Beobachter.

Der Artikel ist mit mir nicht abgesprochen worden. Ich habe überhaupt erst durch die Veröffentlichung im Völkischen Beobachter davon erfahren.

Auch die Anstalt in Wlaschim habe ich selbst nur einmal gesehen, als sie sich noch im Bau befand. Den Betrieb dort kenne ich aus eigener Anschauung nicht. Ich habe auch mit Herrn Prof. Dr. Strauß ~~de-~~
~~wegen~~ keine Verbindung.

Die Anstalt ist jetzt Wehrmachtlazarett unter Aufsicht des Generalarztes Dr. Muntsch beim Wehrmachtbevollmächtigten in Böhmen und Mähren. Dieser hat mir gelegentlich einmal gesagt, die Anstalt wäre von einer großen Gruppe von Fachärzten, darunter auch Prof. Dr. Hohlbaum aus Prag, besichtigt worden, die keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß ihnen der ganze Betrieb der Anstalt außerordentlich zugesagt habe.

Frey + Janso

*In 44-Mitteilung Dr. Janso
jeweils unter Hinweis auf die vor-
stehende Notiz in der Festsammlung von
IV 3, daß Abstimmung nicht erfolgt
St. G. VI 4-33 a/43 *Walt 1077**

6. 8.!

50

Handwritten scribble

5. 2. 2.
 15 JUL 1942
 228/

2. 43.



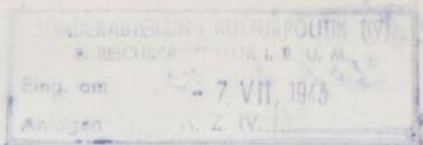
40166



5 13

Prag, den 6. Juli 1943.

6



IV/3 h. R. (akt.)
+

G.R. mit 1 Anlage
1/4-Sturmabannführer Wolf

unter Bezugnahme auf den Inhalt des Artikels "Forschungsinstitut der DAF. für Unfallverletzte" zur Kenntnis übersandt.

Ich bitte um eine kurze Stellungnahme, ob der Artikel zuvor mit dem Amt des Reichsprotectors abgestimmt worden ist und wieweit seine Ausführungen den Tatsachen entsprechen.

*Mit IV/3 persönlich
nicht abgesprachen. H.s.z.*

1/4-Obersturmbannführer.

Unter Bezugnahme auf ein Ferngespräch vom 9. Juli Herrn Ministerialrat Dr. Plato mit der Bitte um kurze Stellungnahme und unter Rückgabe an IV/3 überreicht.

Im Auftrage:

Hörmel

Kriegswirtschaft

Forschungsinstitut der DAF. für Unfallverletzte

Forschung, Behandlung, Umschulung in einem Institut

Industrialisierung und fortschreitende Mechanisierung der Wirtschaft und damit verbunden die Zunahme der Industriearbeiterschaft hatten auch in Deutschland eine größere Unfallhäufigkeit und ein Anwachsen der „Opfer der Arbeit“ zur Folge.

Wir erkennen heute den großen Wert der Arbeitskraft, die vor jeder Gefahr bewahrt, raschestens hergestellt und sodann in den Arbeitsprozess wieder eingeschaltet wird. Zur Erreichung dieses Zieles sind wissenschaftliche Erforschung, aber auch die hierdurch gefundene Heilungs- und Wiedereinsatzwege Voraussetzung.

Die Deutsche Arbeitsfront als die vom Führer ernannte Organisation zur Betreuung aller Schaffenden geht von der Erkenntnis aus, daß es nicht nur darum geht, den arbeitenden Menschen zu schützen, sondern auch Schädigungen der Wirtschaft und damit auch der Sozialversicherung durch den Verlust der Arbeitsfähigkeit zu vermeiden und daher durch eine planmäßige Erforschung von Unfallursachen, Behandlung und Wiedereinsatzmöglichkeit eine wirkliche Lösung dieses Problems zu ermöglichen. Die Deutsche Arbeitsfront geht also einen Weg, der auf die nationalsozialistische Auffassung vom Wesen sozialer Arbeit ausgerichtet ist: nicht durch Almosen helfen, sondern dem Versicherten durch den Appell an den Willen ansporner, mit Hilfe sozialer Fürsorge seine eigene Kraft einzusetzen und niemals das Bewußtsein des Wertes der eigenen Leistung zu verlieren.

Auf dem Gebiet der Unfallchirurgie bestehen bereits mehrere Heilstätten. Es sei in diesem Zusammenhang an die reiche Praxisarbeit erinnert, die in Hohenlychnitz und Hohenhausen sowie in den oft ausgezeichneten Behandlungs- und therapeutischen Werkstätten einzelner Großbetriebe geleistet wird. Dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, ist jedoch die Erkenntnis zu danken, daß erst durch die Zusammenfassung der Forschungs-, Behandlungs- und Umschulungsaufgaben in einem Institut eine aufeinander abgestimmte Lösung der mannigfaltigen Fragen auf diesem Gebiet erreicht wird. In dem Begründer der ersten Chirurgischen Universitätsklinik, des Stadt- Robert-Koch-Krankenhaus in Berlin, dem späteren Leiter der Deutschen Chirurgischen Universitätsklinik in Prag und einem der besten Mitarbeiter der Deutschen Arbeitsfront, Prof. Dr. med. Kurt Strauß, fand Dr. Ley für die Verwirklichung dieser Gedanken den Mann, der sowohl als Chirurg wie als Sozialtheoretiker die größten Erfahrungen auf dem Gebiet der Unfallchirurgie besitzt.

Professor Strauß ließ eine etwa 60 Kilometer von Prag entfernte in schönster Umgebung befindliche, zunächst allerdings für andere Zwecke bestimmte Heilstätte in der Nähe von Wischam mit allerhöchster finanzieller Unterstützung der Deutschen Arbeitsfront zu einem „Forschungsinstitut für Arbeitsverletzte und Berufsgeschädigte“

ausbauen, in dem neben allen Errungenschaften der modernen medizinischen Wissenschaft auch die Richtlinien der Deutschen Arbeitsfront auf dem Sektor „Schönheit der Arbeit“ und der „Berufserziehung und Berufsenkung“ ihre praktische Verwirklichung finden werden.

In dem Hauptgebäude des Instituts sind für die beiden Aufgabengebiete: Forschung und klinische Behandlung die notwendigen Einrichtungen geschaffen worden. Zur wissenschaftlichen Erforschung stehen den an ihrer Weiterbildung arbeitenden Ärzten und Ingenieuren besondere, mit allen Hilfsmitteln ausgestattete Arbeitsplätze in mehreren Laboratorien zur Verfügung. Die eigentliche Klinik besteht aus den nach den neuesten Erkenntnissen ausgestatteten röntgenologisch einer Röntgenstation, einer hydrotherapeutischen und einer medicomechanischen Abteilung, den mit allen Bequemlichkeiten versehenen Krankenzimmern mit vorgelagerten Balkonen, einer vorbildlich eingerichteten Küchenanlage mit den modernsten elektrischen Hilfsmaschinen, Desinfektionsräumen für Kleidung und Wäsche sowie allen weiteren für eine vorbildliche Krankenbetreuung notwendigen Einrichtungen. An das Hauptgebäude schließt sich ein großes Werkstättengebäude an, in dessen Untergeschoss die für die Um- resp. Wiedereinschulung der Unfallverletzten der metallverarbeitenden Berufe benötigten Drehbänke, Hobelmaschinen usw. untergebracht sind, während in der im oberen Geschoss befindlichen orthopädischen Werkstatt die Prothesen für die Versicherten hergestellt werden. An dieses Werkstattgebäude reißen sich mehrere Baracken an, von denen fünf für die weitere Werkstattbehandlung bestimmt sind, während die übrigen in der Hauptsache Wohnzwecken dienen und vom Wirtschaftspersonal benutzt werden.

Nach der Einweisung des Unfallverletzten in das Institut wird zunächst eine genaue Beurteilung durch den Kliniker, dem späteren Leiter, den mit der funktionellen Nachbehandlung vertrauten Sachmann und den Leiter der Werkstätten vorgenommen, um nach erfolgter Besprechung den Therapieplan festzulegen. An die unfallchirurgische oder sonstige klinische Behandlung schließt sich die körperliche und sportliche Betätigung in reiner Höhenluft — das Institut hat eine Höhenlage von etwa

300 Meter. Hier soll der Patient die lange Krankheitsdauer seelisch und körperlich überwinden, die psychische Belastung des Unfallstochs verlieren und sich allmählich in den gewohnten Tagesablauf wieder eingewöhnen. Erst dann beginnt die funktionelle und anschließend die arbeitstherapeutische Behandlung. Es ist hierbei von großer Wichtigkeit, daß mit zunehmender Verlängerung des Heilverfahrens die Versicherten zur Schicksalsgemeinschaft mit dem sich daraus aufbauenden Wettbewerb untereinander erzogen werden. Hier gewöhnen sie sich durch gegenseitige Hilfe von vornherein schon in der Stumpfpflege und Stumpfahmung, in der Pflege und im Gebrauch der Ersatzstücke und Prothesen. Auf diese Weise stellt sich der Verletzte in die eigentliche Körperschulung hinein.

Der Verlust eines Fußes oder auch eines Unterschenkels bedeutet für den Großstadtmenschen, bei dem die ursprüngliche Bestimmung des Fußes, das Greifen, Halten und Klettern nicht mehr vorhanden ist, keine allzu einschneidende Behinderung mehr. Auch der Oberschenkelamputierte ist noch voll einsetzbar. Problematischer dagegen ist der Verlust der Hand. Mit der willkürlich beweglichen Kunsthand kann man zwar Gegenstände greifen und loslassen, aber auch die beste Kunsthand vermag bis heute noch nicht das Tastgefühl zu ersetzen. Handwerkliche Arbeiten können mit der Kunsthand nur schwer ausgeführt werden. Wo das technische Kunstwerk versagt, hilft die

Natur weiter, und der menschliche Wille siegt über diese Schwierigkeiten. Der Verletzte wird vielfach die Kunsthand bei der Arbeit ablegen und den Stumpf, der ja das gleiche Tastgefühl hat als Hilfsband benutzen. Auf diese Weise wird der Verletzte in seinem alten oder aber einem verwandten Beruf Wiedereingesetzte voll wirtbewirtschaftlich. Sofern die gewohnte oder aber verwandte Arbeit nicht mehr ausgeübt werden kann, gibt es, die funktionell und individuell geeignete Tätigkeit zu finden und mit der arbeitstherapeutischen Behandlung die Einweisung in den neuen Beruf zu beginnen.

Das Institut soll jedoch seinem Auftrage entsprechend nicht nur Heilstätte sein. Der Arzt kann also seine Aufgabe nicht nur rein ärztlich und sozialpolitisch sehen, sondern muß auch Ursache und Wirkung zu erforschen suchen. Infolgedessen steht die Wissenschaft im Mittelpunkt der Institutsarbeit. Die ärztlichen Betreuer, Sportlehrer, Werkstättenlehrer, aber auch der Patient selbst müssen an der Ergründung der Unfallentstehung und des Unfallvorganges mitwirken. Der Arzt wird vorher den Arbeitsplatz sowie die einzelnen Arbeitsabläufe des Patienten kennenlernen und sodann klinisch bei der Beobachtung des Verletzten die körperlichen Einwirkungen der Unfallfolgen studieren. Arzt und Techniker werden so gemeinsam sowohl an der Maschine als auch in der Unterweisung des Geschädigten zahlreiche Verbesserungen im Sinne der Unfallverhütung wie auch des Einsatzes zur Wiederaufnahme der Arbeit finden. Eine eigens hierfür geschaffene Sozialabteilung hat bereits mit

großen Industrieunternehmen wie Siemens, Skoda usw. Verbindung aufgenommen, um dem Versicherten nach seiner Wiederherstellung einen seiner Wiedereinschulung resp. Umschulung in einen neuen Beruf entsprechenden Arbeitsplatz zu sichern, so daß eine weitere Betreuung von dieser Seite nicht mehr notwendig sein dürfte. Diese Grundsätze finden also im Forschungsinstitut Wischam ihre Verwirklichung und sollen in Zukunft auch den Betriebsärzten aus dem Großdeutschen Reich Gelegenheit geben, an der Forschungsarbeit und ihrer Auswertung mitzuarbeiten. Selbstverständlich wird das Institut auch mit allen auf dem Gebiet der Unfallbekämpfung interessierten Stellen, den zuständigen Ministerien, der Reichsgesundheitsbehörde, den Berufsgenossenschaften und der Deutschen Arbeitsfront aus engster Zusammenarbeit.

Zu Beginn des Krieges stellte das Institut seine bisher den Schaffenden zugute kommenden Einrichtungen sofort der Wehrmachtbetreuung zur Verfügung, und so werden heute in Wischam diejenigen Männer, die an der Front gestanden, dort ihr Blut zum Schutz des deutschen Volkes gegeben und daher ein Anrecht darauf haben, als Kriegsveterane wieder einen Arbeitsplatz zu erhalten, in die bereits bewährte fachärztliche Behandlung übernommen. So ist also das Forschungsinstitut Wischam heute dank der Initiative des Reichsorganisationsleiters mit dazu berufen, den Ehrenbürgern der Nation den Dank des Volkes nicht durch leere Worte, sondern durch die sorgfältigste Betreuung abzustatten.

Ernst Kunsdorff

Erleichterte Finanzierung der Unterlieferungen

Die Reichswirtschaftskammer hat in einem Appell an die Rüstungswirtschaft die Erwartung ausgesprochen, daß auch den Unterlieferern die Finanzierung der übernommenen Rüstungsaufträge nach Kräften erleichtert wird. Auch nach dem Fortfall der Anzahlungen, welche das Reich früher an seine Auftragnehmer gewährt hat, gibt es bekanntlich für die Hauptauftragnehmer keinerlei Finanzierungs-schwierigkeiten. Denn die Wehrmachtstelle gibt ihnen zugleich mit der Auftragsbestätigung stets das Recht, zur Erlangung eines Kredits die Forderung an das Reich an eine Bank oder Sparkasse abzutreten und sich diesem Kreditinstitut die Reichsbürgschaft bis 30 vH der Auftragssumme zu.

Im Gegensatz zu dieser einfachen Regelung gab es aber bisher vielfach Finanzierungs-schwierigkeiten für die Unterlieferer. Früher hatten die Hauptauftragnehmer einen Teil der vom Reich erhaltenen Anzahlungen an ihre Unterlieferer weitergegeben und diesen, die ja meist kleinere Betriebe oder Handwerker sind, dadurch die Beschaffung von Rohstoffen und die Auszahlung der Löhne ermöglicht.

Auch jetzt tragen sie der Wehrmacht gegenüber ausdrücklich die Verantwortung für eine befriedigende Finanzierung der Unterlieferer. Sie wären also verpflichtet, die Abtretung der Forderung zur Erlangung eines Bankkredits, die ihnen das Reich ermöglicht, auch ihren Unterlieferern zu gestatten.

In der Praxis haben sich hier aber Schwierigkeiten ergeben, weil viele Hauptabnehmer die Abtretung einer Forderung gegen sich grundsätzlich ablehnen. Die Reichswirtschaftskammer ersucht daher die Auftragnehmer des Reichs, die Forderungsbetretung künftig nicht mehr zu erschweren. Da die Reichsbürgschaft nur für die Forderung des Hauptauftragnehmers gilt, könnten die Banken für die Kredite an Unterlieferer die normale Kreditversicherung in Anspruch nehmen, deren Kosten nicht höher sind als die der Reichsbürgschaft.

Former empfiehlt die Reichsbank der Rüstungswirtschaft, die Unterlieferer mit Wechseln zu bezahlen, die bei Vergebung des Auftrags ausgedrückt und am Tag der Abtretung fällig werden. Diese achten Wechselwechsel könnten die Unterlieferer

bei ihrer Bank oder Sparkasse diskontieren. Eine solche Ausdehnung des Wechselumsatzes würde zugleich eine willkommene Entlastung der Notenbank bedeuten.

Die Steuerbefreiung für nicht entnommenen Gewinn

Nach § 3 der Steueränderungsverordnung (StAV.) vom 20. August 1941 (RGBl. I, S. 510, RSBl. 1941, S. 598) bleiben bei buchführenden Einzelgewerbetreibenden, Land- und Forstwirten und Mitunternehmern von Personengesellschaften während der Dauer der Erhebung des Kriegszuschlags zur Einkommensteuer auf Antrag 50 vH des nicht entnommenen Gewinns aus Gewerbebetrieb oder aus Land- und Forstwirtschaft, höchstens aber 10 vH des gesamten Gewinns von der Einkommensteuer und vom Kriegszuschlag zur Einkommensteuer frei. Voraussetzung dafür ist, daß der Gewinn auf Grund ordnungsmäßiger Buchführung ermittelt wird. Die Buchführung darf nicht großbüchrig gewährt werden. Andererseits darf sie nach der „Deutschen Steuer-Zeitung“ 1943, S. 95, jedoch nicht versagt werden, wenn unvollständige oder unklare Grundbuchungen der Unter-

Müller

VOLKISCHER BEOBACHTER

Kriegswirtschaft

Forschungsinstitut der DAF. für Unfallverletzte

Forschung, Behandlung, Umschulung in einem Institut

Industrialisierung und fortschreitende Mechanisierung der Wirtschaft und damit verbunden die Zunahme der Industriearbeiterschaft hatten auch in Deutschland eine größere Unfallhäufigkeit und ein Anwachsen der „Opfer der Arbeit“ zur Folge.

Wir erkennen heute den großen Wert der Arbeitskraft, die vor jeder Gefahr bewahrt, raschestens hergestellt und sodann in den Arbeitsprozeß wieder eingeschaltet wird. Zur Erreichung dieses Zieles sind wissenschaftliche Erforschung, aber auch die hierdurch gefundenen Heilungs- und Wiedereinsatzwege Voraussetzung.

Die Deutsche Arbeitsfront als die vom Führer eingesetzte Organisation zur Betreuung aller Schaffenden geht von der Erkenntnis aus, daß es nicht nur darum geht, den arbeitenden Menschen zu schützen, sondern auch Schädigungen der Wirtschaft und damit auch der Sozialversicherung durch den Verlust der Arbeitsfähigkeit zu vermeiden und daher durch eine planmäßige Erforschung von Unfallursache, Behandlung und Wiedereinsatzmöglichkeit eine wirkliche Lösung dieses Problems zu ermöglichen. Die Deutsche Arbeitsfront geht also einen Weg, der auf die nationalsozialistische Auffassung vom Wesen sozialer Arbeit ausgerichtet ist: nicht durch Almosenhilfen, sondern den Versehrten durch den Appell an den Willen anzuspornen, mit Hilfe sozialer Fürsorge seine eigene Kraft einzusetzen und niemals das Bewußtsein des Wertes der eigenen Leistung zu verlieren.

Auf dem Gebiet der Unfallchirurgie bestehen bereits mehrere Heilstätten. Es sei in diesem Zusammenhang an die reiche Pionierarbeit erinnert, die in Höhenlychen und Hohenaschau sowie in den oft ausgezeichneten Behandlungs- und therapeutischen Werkstätten einzelner Großbetriebe geleistet wird. Dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, ist jedoch die Erkenntnis zu danken, daß erst durch die Zusammenfassung der Forschungs-, Behandlungs- und Umschulungsaufgaben in einem Institut eine aufeinander abgestimmte Lösung der mannigfaltigen Fragen auf diesem Gebiet erreicht wird. In dem Begründer der ersten Chirurgischen Universitätsunfallpoliklinik des Städt. Robert-Koch-Krankenhaus zu Berlin, dem späteren Leiter der Deutschen Chirurgischen Universitätsklinik in Prag und einem der ältesten Mitarbeiter der Deutschen Arbeitsfront, Prof. Dr. med. Kurt Strauß, fand Dr. Ley für die Verwirklichung dieser Gedanken den Mann, der sowohl als Chirurg wie als Sozialtheoretiker die größten Erfahrungen auf dem Gebiet der Unfallchirurgie besitzt.

Professor Strauß ließ eine etwa 60 Kilometer von Prag entfernte in schönster Umgebung befindliche, zunächst allerdings für andere Zwecke bestimmte Heilstätte in der Nähe von Wlatschin mit alleiniger finanzieller Unterstützung der Deutschen Arbeitsfront zu einem

„Forschungsinstitut für Arbeitsverletzte und Berufsgeschädigte“

ausbauen, in dem neben allen Errungenschaften der modernen medizinischen Wissenschaft auch die Richtlinien der Deutschen Arbeitsfront auf dem Sektor „Schönheit der Arbeit“ und der „Berufserziehung und Berufslenkung“ ihre praktische Verwirklichung finden werden.

In dem Hauptgebäude des Instituts sind für die beiden Aufgabengebiete: Forschung und klinische Behandlung die notwendigen Einrichtungen geschaffen worden. Zur wissenschaftlichen Erforschung stehen den an ihrer Weiterbildung arbeitenden Ärzten und Ingenieuren bequeme, mit allen Hilfsmitteln ausgestattete Arbeitsplätze in mehreren Laboratorien zur Verfügung. Die eigentliche Klinik besteht aus den nach den neuesten Erkenntnissen ausgestatteten Operationssälen, einer Röntgenstation, einer hydrotherapeutischen und einer medicomechanischen Abteilung, den mit allen Bequemlichkeiten versehenen Krankenzimmern mit vorgelagerten Balkonen, einer vorbildlich eingerichteten Küchenanlage mit den modernsten elektrischen Hilfsmaschinen, Desinfektionsräumen für Kleidung und Wäsche sowie allen weiteren für eine vorbildliche Krankenbetreuung notwendigen Einrichtungen. An das Hauptgebäude schließt sich ein großes Werkstättengebäude an, in dessen Untergeschoß die für die Um- resp. Wiedereinschulung der Unfallverletzten der metallverarbeitenden Berufe benötigten Drehbänke, Hobelmaschinen usw. untergebracht sind, während in der im oberen Geschoß befindlichen orthopädischen Werkstatt die Prothesen für die Versehrten hergestellt werden. An dieses Werkstattgebäude reißen sich mehrere Baracken an, von denen fünf für die weitere Werkstattbehandlung bestimmt sind, während die übrigen in der Hauptsache Wohnzwecken dienen und vom Wirtschaftspersonal benutzt werden.

Nach der Einweisung des Unfallverletzten in das Institut wird zunächst eine genaue Beurteilung durch den Kliniker, den Schulungsleiter, den mit der funktionellen Nachbehandlung betrauten Fachmann und den Leiter der Werkstätten vorgenommen, um nach erfolgter Besprechung den Therapieplan festzulegen. An die unfallchirurgische oder sonstige klinische Behandlung schließt sich die körperliche und sportliche Betätigung in reiner Höhenluft — das Institut hat eine Höhenlage von etwa

Prag, 30. Juni 1943.

W/M

I./ V e r m e r k .

Betr.: Vortrag beim Monatsappell der Gauleitung Oberdonau am 16.6.43 in Linz.

Auf Einladung des Gauleiters Eigruber hatte ich am 16.6.43 in Linz beim Monatsappell der Gauleitung vor etwa 150 Gauamtsleitern, Gliederungsführern usw. einen Vortrag über die politische Entwicklung im Protektorat zu halten. Der Vortrag wurde von Gauleiter Eigruber u.a. mit dem Hinweis eingeleitet, dass der Unterrichtung der führenden Personen des Gaues Oberdonau über die im Protektorat geführte Reichspolitik eine wichtige Bedeutung beizumessen sei, und zwar nicht nur deshalb, weil der Gau Oberdonau parteimässig mit dem Kreis Budweis in das Protektorat hineinreicht. Der Gauleiter selbst konnte während des Vortrages nicht anwesend sein, hatte mich jedoch am Vormittag zu einem kurzen Besuch empfangen. Auf meine Frage, ob er die Berücksichtigung besonderer Gesichtspunkte bei meinem Vortrag wünsche, bat er mich, den Zuhörern recht eindeutig klar zu machen, dass zur Bewältigung der Tschechenfrage eine einheitliche politische Führung des Protektorats erforderlich ist und dass bis auf weiteres eine Aufteilung des Protektorats auf die benachbarten Gaue auch teilweise nicht in Betracht komme. Es seien da immer wieder falsche Hoffnungen oder Einmischungswünsche vorhanden, gegen die eine solche Klarstellung angebracht sei. Ausserdem sei es sehr notwendig, auf die besonderen Verhältnisse hinzuweisen, unter denen das Protektorat vom Führer mit dem Staatspräsidenten Hacha geschaffen worden ist, und zu betonen, dass die Tschechen nicht mit den Polen gleichgesetzt werden dürfen. Im Budweiser Kreis gehe im übrigen alles in Ordnung, es sei wohl sehr günstig, dass er einen Kreisleiter, der nicht aus dem dortigen Inseldeutschtum stamme, eingesetzt habe. Nach meinem Vortrag

9a

erklärte der Gauorganisationsleiter, dass der Vortrag sehr interessiert und dankbar aufgenommen worden sei und ihn persönlich in der Gewissheit bestärkt habe, dass es das deutsche Volk doch verstehe, fremde Völker politisch zu führen und dem Reichsgedanken unterzuordnen. Gesprächsweise wurden außerdem Vergleiche mit den Ausführungen von Gauleiter Forster beim vorhergehenden Monatsappell gezogen.

II./ Vorlage

W-Obergruppenführer Frank

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

[Handwritten signature]

*Eintrag
! 24. 6. 43.*



92874

W/M

90

Streng vertraulich.
 Büro des Staatssekretärs
 für Reichspropaganda
 in Böhmen und Mähren
 Eing.: 26. JUNI 1943

I./ Vermerk.

Betr. / Verhältnis der Kreisleitung Budweis zu den
Bezirkshauptmännern in Budweis und Tabor.

Oberbereichsleiter Studentkowski (Reichspropagandaleitung) erzählte mir am 22.6.43 als Eindruck seiner mehrtägigen Vortragsreise durch den Kreis Budweis, dass zwischen der Kreisleitung Budweis und dem dortigen Bezirkshauptmann offenbar kein besonders gutes Verhältnis bestehe. Der Bezirkshauptmann Strobl habe es nicht für nötig gehalten, zu einer der Parteiveranstaltungen, bei denen Studentkowski sprach, zu erscheinen. Dagegen arbeitet der Bezirkshauptmann in Tabor offenbar vorbildlich mit der Partei zusammen. Ich habe Studentkowski erwidert, dass Strobl wohl zweifellos nicht aus "parteidändlicher" Einstellung, sondern aus Arbeitsüberlastung oder weil er vielleicht nicht eingeladen worden ist, zu den Parteiversammlungen nicht gekommen ist. Beim Bezirkshauptmann in Tabor sei der Bevölkerungsstruktur nach zunächst die Frage wichtiger, ob er es verstehe, mit der tschechischen Bevölkerung in der richtigen Form umzugehen.

II./ An
W-Obersturmbannführer Dr. Gies

mit der Bitte um Kenntnisnahme und gegebenenfalls weitere Verfügung.



III./ Durchschlag
 an den SD-Leitabschnitt Prag.

5. 6. 43
 20/6.43

mal
 730/6

Et. VI A-30/43